



Der interfraktionelle Antrag steht im Widerspruch zu der mehrheitlich beschlossenen Resolution vom 24.11.2015, in welcher sich der Gemeinderat der gemeinsamen Position der kommunalen Spitzenverbände und des Verbands kommunaler Unternehmer e.V. (vku) (Oktober 2014) anschließt. Trotz der dort genannten Kritikpunkte sprechen sich die Spitzenverbände und vku nicht generell gegen die Handelsabkommen TTIP, CETA und TiSA aus; sie unterstützen insbes. das mit den Abkommen verfolgte Ziel, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu befördern. Insgesamt sprechen sie sich für eine konstruktive Begleitung der TTIP-Verhandlung aus. Der Abschluss des TTIP-Abkommens wird nicht per se ausgeschlossen, sofern den kommunalen Forderungen Rechnung getragen wird und Nachteile für Kommunen ausgeschlossen werden können. Von dieser Position sind die kommunalen Spitzenverbände bisher nicht abgerückt. Auch die Landesregierung Baden-Württemberg verfolgt diese Herangehensweise und zeigt neben Kritikpunkten auch die Chancen für die baden-württembergische Wirtschaft auf, insbesondere für den exportorientierten Mittelstand. Es gibt weder beim Deutschen Städtetag noch bei der Landesregierung aktuell Anhaltspunkte für eine neue Positionierung in Richtung Verhandlungsstopp. Im Gegensatz hierzu würde der Gemeinderat mit der Unterzeichnung der Barcelona-Erklärung von seiner TTIP-kritischen Position hin zu einer TTIP-ablehnenden Position schwenken.

Die Barcelona-Erklärung wurde im April 2016 von rund 40 Kommunalvertreterinnen und -vertreter aus acht europäischen Ländern im Rahmen einer pan-europäischen Konferenz „TTIP-freier-Kommunen“ unterzeichnet. Diese Konferenz gilt als Startschuss für eine gemeinsame Bewegung der sogenannten „TTIP-freien-Kommunen in Europa“. Die teilnehmenden Kommunalvertreterinnen und -vertreter vereinbarten, im Nachgang zu der Konferenz, Kommunen in ganz Europa aufzufordern, sich der Bewegung der "TTIP free zones in Europe" ([www.ttip-free-zones.eu](http://www.ttip-free-zones.eu)) durch Unterzeichnung der Barcelona-Erklärung anzuschließen. Bereits heute ist Karlsruhe mit der Resolution vom 24.11.2015 auf dieser Website als eine von "1881 TTIP and CETA free zones" verzeichnet. Karlsruhe findet sich zudem auf einer digitalen Deutschlandkarte, die von der Organisation Attac Deutschland im Rahmen des Projekt "10.000 TTIP-freie Kommunen" erstellt wurde ([www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/aktionen/ttip-in-kommunen/](http://www.attac.de/kampagnen/freihandelsfalle-ttip/aktionen/ttip-in-kommunen/)).

Die Verwaltung erachtet die vorgebrachte inhaltliche Kritik als auch die Kritik in Bezug auf mangelnde Transparenz im Verhandlungsprozess für gerechtfertigt. Dennoch spricht sie sich gegen eine Unterzeichnung der Barcelona-Erklärung und der damit einhergehenden Teilnahme an der Initiative "TTIP free zones in Europe" aus:

1. Der derzeitige Verhandlungsstand lässt keine Verschlechterung kommunaler Interessen erkennen. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen hat vielmehr gezeigt, dass sich die "Einmischung" der Kommunen und ihrer Spitzenverbände (sowie vieler anderer Akteure) auszahlt: Die EU-Kommission hat beispielsweise auf die Kritik in Bezug auf private Schiedsgerichte reagiert und plädiert jetzt für die Schaffung eines öffentlichen Investitionsgerichtshofs. Es ist also nicht nachvollziehbar, warum Karlsruhe plötzlich für einen Verhandlungsstopp eintritt. Vielmehr spricht dies aus Sicht der Verwaltung für die Fortsetzung der Verhandlungen und für eine konsequente und selbstbewusste kommunale Interessenvertretung.
2. Aus juristischer Sicht ist die Forderung nach einer "TTIP-freien Zone" nicht haltbar. Käme TTIP zustande, wäre auch die Stadt Karlsruhe - wie alle Kommunen in Deutschland und der EU - an das internationale Handelsabkommen gebunden. Die Schaffung einer "TTIP-freien Zone" ist ausgeschlossen; ob der Gemeinderat überhaupt darüber befinden könnte, ist äußerst zweifelhaft. Die Forderung ist damit lediglich als Ausdruck einer gesteigerten Kritik zu verstehen. Die Verwaltung erachtet diese einseitige Zuspitzung als nicht angemessen; sie wird der ernsthaften Auseinandersetzung mit den Chancen und Risiken von TTIP nicht gerecht. Zudem könnte das Label als "TTIP-freie Zone" zu Missverständnissen und falschen Erwartungen bei den Karlsruher Bürgerinnen und Bürgern führen sowie zu Unverständnis seitens der in Karlsruhe ansässigen Unternehmen.
3. Es ist aktuell nicht nachvollziehbar, welche Kommunen die Barcelona-Erklärung unterzeichnet haben und damit die Initiative "TTIP free zones in Europe" unterstützen. Hierzu gibt die Website keine Informationen. Auch ist nicht ersichtlich, welche Organisation(en), Gruppierung(en) bzw. Akteure hinter der Initiative stehen. Damit kann die Verwaltung derzeit keine Aussage über deren Seriosität tref-

fen. Die Verwaltung erachtet es allerdings als bedenklich, dass Karlsruhe schon jetzt als "TTIP-freie Zone" geführt wird, obwohl vom Gemeinderat noch nicht über die Barcelona-Erklärung abgestimmt wurde. Die derzeit gültige TTIP-kritische Gemeinderatsresolution vom 24.11.2015 macht die Stadt Karlsruhe jedenfalls noch nicht zu einer "TTIP-freien Zone"; dies ist nach Ansicht der Verwaltung eine Verkehrung der Grundaussage.

Die Gestaltung internationaler Handelsbeziehungen in einer zunehmend globalisierten Welt hat weitreichende Auswirkungen auf die (Stadt-) Gesellschaft. Deshalb sind neben den Chancen, die sich daraus ergeben können, auch die Risiken im Blick zu behalten. Die Verwaltung spricht sich daher dafür aus,

- dass der Gemeinderat an seiner Resolution vom 24.11.2015 festhält und diese bekräftigt, sich aber ausdrücklich für die Fortsetzung der Verhandlungen ausspricht,
- dass Politik und Verwaltung die TTIP-Verhandlungen weiterhin kritisch, aber konstruktiv verfolgen,
- dass die kommunalen Forderungen auf allen Ebenen verstärkt in den politischen Diskurs eingebracht werden,
- dass sich der Gemeinderat auf Bundes- und Landesebene für die Einstufung von CETA als ein "gemischtes" Handelsabkommen einsetzt, um die kommunalen Interessen im Rahmen des Ratifizierungsprozesses über die Landesregierung Baden-Württemberg bzw. den Bundesrat einzubringen und
- dass sich der Gemeinderat für eine versachlichte Diskussion in Politik und Bürgergesellschaft stark macht.